

**Stadtverordnetenversammlung
Brandenburg an der Havel**

(Eingangsstempel)

SPD-Fraktion, FDP

Beschlussantrag

zur Behandlung in öffentlicher Sitzung nichtöffentlicher Sitzung

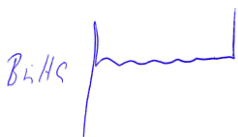
Beschlussgegenstand: Fachgruppen übergreifende Bearbeitung der Situation in der Carl-Ferdinand-Wiesike-Straße 20, 21, 30 und 31

Beratungsfolge:

<input type="checkbox"/>	Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport	<input type="checkbox"/>	Ausschuss für Rechnungsprüfung und Vergaben
<input type="checkbox"/>	Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit, und Senioren	<input type="checkbox"/>	Jugendhilfeausschuss
<input type="checkbox"/>	Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und kommunale Zusammenarbeit	<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Petitionen		
<input type="checkbox"/>	Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr		
<input checked="" type="checkbox"/>	Hauptausschuss		
<input checked="" type="checkbox"/>	Stadtverordnetenversammlung		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Fachgruppen übergreifend die Probleme in der Carl-Ferdinand-Wiesike-Straße in Plaue grundlegend zu prüfen und die Situation in Abstimmung und Zusammenarbeit mit allen Betroffenen zu verbessern.



Britta Kornmesser
SPD-Fraktion



Herbert Nowotny
FDP- Fraktion

Begründung:

Durch die Beantwortung der Anfrage von Frau Dr. Lieselotte Martius zur Tagung des Ausschusses für Soziales, Familie, Gesundheit und Senioren wurde offensichtlich, dass sich in den Wohnblöcken Carl-Ferdinand-Wiesike-Straße 20, 21, 30 und 31 viele unterschiedliche Probleme angestaut haben, die im Zusammenhang mit dem offensichtlich wechselnden Zuzug von EU-Bürger/innen vorrangig aus Südosteuropa stehen.

Diese betreffen möglicherweise bzw. mutmaßlich die Bereiche

- Bauen (u.a. Baurecht, Umbauten, Wohnqualität),
- Umwelt (u.a Müllablagerungen, unsachgemäße Entsorgung von Hausmüll, Sondermüll – z.B. Autoreifen, Elektrogeräte),
- Ordnung und Sicherheit (u.a. Abstellen und mutmaßlicher Vertrieb von Altfahrzeugen, Umgang mit Fahrzeugkennzeichen, Einhaltung allgemeiner Regeln des Zusammenlebens im Wohngebiet, Durchsetzung allgemeiner Vorgaben z.B. während der Pandemie),
- Meldewesen (u.a Wohn- und Aufenthaltsrecht),
- Gesundheitswesen (u.a Hygiene, Wohnqualität, Pandemie-Regeln),
- Kinder und Jugend (u.a. Kinder- und Jugendschutz, Schulpflicht),
- Migrationsfragen.

Berichte und Hinweise des Plauer Ortsvorstehers bzw. von Anwohnern, die zum Teil schon Jahrzehnte in dem Wohngebiet leben, liegen in der Verwaltung vor. In der Vergangenheit haben sich einzelne Fachgruppen zum Teil engagiert vor Ort der Probleme ihres Arbeitsbereiches angenommen, ohne allerdings grundsätzliche Verbesserungen erreichen zu können. Das könnte u.a. daran liegen, dass es bislang kein abgestimmtes Vorgehen den einzelnen Fachgruppen gab. Dazu kommen sprachliche Probleme bzw. Fragen von Mentalität und Herkunft der Bewohner in den betroffenen Gebäuden, die eine durchgreifende Verbesserung der Lage behinderten.

Die oben erwähnten Probleme beeinträchtigen die Qualität des Zusammenlebens im gesamten Wohngebiet. Die Sorgen, Probleme, Hinweise der langjährigen Bewohnerinnen und Bewohner müssen gehört werden und ist zu versuchen, Abhilfe zu schaffen. Im Kern geht es dabei ausschließlich um die Durchsetzung gesetzlicher Bestimmungen bzw. die Einhaltung allgemein akzeptierter Regeln des Zusammenlebens im Kietz. Dabei spielen Migrationsfragen eine wichtige, aber keine entscheidende Rolle. Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft ist, basierend auf der Einhaltung grundsätzlicher Regeln des Zusammenlebens, zu ermöglichen.

Im Ergebnis der Diskussion im Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Senioren erscheint dieses als eine Fachgruppen übergreifende Aufgabe. Nur durch gemeinsames und abgestimmtes Wirken der unterschiedlichen Fachgruppen können nachhaltig Erfolge erzielt werden. In diesem Zusammenhang sollte auch der Einsatz von Migrationssozialarbeit geprüft werden, um vor Ort Ansprechpartner für Soziale Arbeit zu haben, damit auch die Bedürfnisse der betroffenen und Rat suchenden migrantischen Bewohnerinnen und Bewohner aufgenommen und berücksichtigt werden können.

Insgesamt geht es um die Lösung einer komplexen Problematik. Diese kann nur durch abgestimmtes Zusammenwirken der betreffenden Fachgruppen ermöglicht werden.